

Politische Bildung in Südkorea

Park, Byeong-Seog

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Park, B.-S. (1999). Politische Bildung in Südkorea. *Korea - Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, 103-112. <https://doi.org/10.11588/kjb.1999.0.3028>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Politische Bildung in Südkorea¹

Byeong-Seog Park

1 Rechtliche Grundlagen für politische Bildung

1.1 Verfassungsgrundlagen

Die Verfassungsgrundlagen für politische Bildung zur Förderung eines demokratischen Staatsbürgertums liefern die folgenden Artikel:

„The State shall promote lifelong education“ (Artikel 31, 5).

„Fundamental matters pertaining to the educational system, including in-school and lifelong education, administration, finance, and the status of teachers shall be determined by law“ (Artikel 31, 6).

Gestützt auf diese Artikel betont die Verfassung, daß die staatsbürgerliche Erziehung nicht nur im Rahmen des Schulwesens erfolgen soll, sondern auch im Rahmen lebenslanger Bildungsmaßnahmen. Die politische Bildung der allgemeinen Öffentlichkeit kann daher unter dem Aspekt lebenslanger Bildung erfolgen.

1.2 Der Rahmenerlaß zur Bildung (Framework Act for Education)

Der Rahmenerlaß zur Bildung stellt ein Beispiel für ein Gesetz dar, das eine umfassende gesetzliche Basis für lebenslange politische Bildung vorgibt.

„Education shall aim to enable every citizen to contribute to the development of a democratic state by ensuring that one is equipped with necessary qualities as a democratic citizen“ (Artikel 2).

„All forms of social education for lifelong education of citizens shall be encouraged“ (Article 10, 1).

„Basic matters on social education such as types of social educational institutions and the establishment and management of social educational institutions shall be determined by Acts“ (Artikel 10, 3).

Da andere bildungsbezogene Gesetzesakte keine direkten Bestimmungen zur politischen Bildung enthalten, stellt der Rahmenerlaß zur Bildung in diesem Zusammenhang die zentrale gesetzliche Basis in Südkorea dar.

¹ Aus dem Englischen übersetzt von Patrick Köllner.

2 Die Praxis der politischen Bildung

Bisher existieren keine eigenständigen öffentlichen Einrichtungen, die politische oder soziale Bildungsprogramme durchführen, die die obenerwähnten Artikel reflektieren. Daher bieten verschiedene Regierungs- und gesellschaftliche Organisationen politische Bildungsmaßnahmen im Rahmen ihrer eigenen Aktivitäten an.

2.1 Staatliche Organisationen

1) *Das Forschungs- und Ausbildungsinstitut der Nationalversammlung (National Assembly Research & Training Institute/NARTI)*

- Programme

Das Forschungs- und Ausbildungsinstitut der Nationalversammlung, des südkoreanischen Parlamentes, führt regelmäßige Ausbildungsprogramme für Abgeordnete und Mitarbeiter von Regional- und Kommunalparlamenten durch und bietet auf Wunsch der Regierung und lokaler Legislaturen besondere Programme an. Das NARTI offeriert zudem Bildungsangebote für die Allgemeinheit mit dem Ziel der Vertiefung und Erweiterung des Verständnisses parlamentarischer Demokratie. Das NARTI versucht, Studierenden aller Ebenen die Ideale demokratischen Staatsbürgertums durch Feldstudien zur Rolle und zu den Funktionen der Nationalversammlung nahezubringen.

- Ziele und Probleme

Ein wichtiger Schwerpunkt der Arbeit des NARTI liegt im Bereich von Publikationen zur Struktur und zu den Charakteristika parlamentarischer Politik und in der Förderung eines demokratischen Staatsbürgerbewußtseins, das damit korrespondiert. Die Vorteile des Ausbildungsinstituts der Nationalversammlung auf dem Gebiet der politischen Bildung liegen darin, daß erstens die politische Neutralität des NARTI garantiert wird und daß zweitens eine ganze Reihe von Organisationen durch Verbindungen zu lokalen Legislaturen angesprochen werden können.

Da die Nationalversammlung jedoch kein administratives, sondern ein legislatives Organ darstellt, kann es gesellschaftliche Bildungseinrichtungen nicht direkt aus dem Staatshaushalt finanzieren. Der Mangel an Mitarbeitern und Abteilungen des NARTI, die über Expertise auf dem Gebiet der politischen Bildung verfügen, stellt ein weiteres Problem dar.

2) *Das Ministerium für politische Angelegenheiten (Ministry of Political Affairs)*

- Programme

Hier wurden Anstrengungen unternommen, politische Bildungsaktivitäten zu finanzieren, statt diese selbst durchzuführen. Politische Bildungsprogramme, die vom

Ministerium unterstützt wurden, bezogen sich allerdings nur auf faire Wahlen und deren Überwachung. Bei jeder Wahl wurden zu diesem Zweck zehn bis 15 Nichtregierungsorganisationen unterstützt.

- Ziele und Probleme

Das Ministerium für politische Bildung versuchte vor einigen Jahren, sich zu einer Organisation mit voller Zuständigkeit für die politische Bildung zu entwickeln, scheiterte jedoch hierbei vor allem wegen seiner begrenzten politischen Neutralität. Im März 1998 wurde das Ministerium schließlich von der neuen Regierung aufgelöst.

3) *Das Sekretariat für politische Angelegenheiten beim Ministerpräsidenten (Secretary of Political Affairs, Office of the Prime Minister)*

- Programme

Dem Sekretariat für politische Angelegenheiten obliegen verschiedene politische Bildungsprogramme, die zuvor zu den Zuständigkeiten des obenerwähnten Ministeriums gehörten. Die dafür zur Verfügung stehenden Gelder wurden jedoch deutlich gekürzt. Während der Regional- und Kommunalwahlen im Juni 1998 finanzierte das Sekretariat nur die „Vereinigung für Faire Wahlen“, die aus zehn gesellschaftlichen Organisationen besteht.

- Ziele und Probleme

Verglichen mit entsprechenden Organen in anderen Ländern, sind die allgemeinen Budgetallokationen für politische Bildungszwecke relativ gut abgesichert. Zudem verfügt das Sekretariat über eine gewisse Flexibilität, was Zuwendungen an gesellschaftliche Gruppen angeht, die in diesem Bereich tätig sind. Problematisch ist jedoch, daß die politische Neutralität des Sekretariats nicht garantiert ist.

4) *Das Institut für politische Bildung zu Vereinigungsfragen, Vereinigungsministerium (Institute of Political Education for Unification, Ministry of Unification)*

- Programme

Die politischen Bildungsprogramme des Instituts beim Vereinigungsministerium gliedern sich in die folgenden vier Bereiche: allgemeine politische Bildung, Situation in Nordkorea, Vorbereitung der Vereinigung, Studienbesuche.

Die erste Programmkomponente beschäftigt sich mit der südkoreanischen Vereinigungspolitik, der internationalen politischen Situation und den Modalitäten des Nord-Süd-Austausches. Die zweite Programmkomponente ist der inländischen Situation in Nordkorea, der Politik des Nordens gegenüber dem Süden und Treffen mit

Überläufern aus dem Norden gewidmet. Die dritte Programmkomponente setzt sich mit Fragen der institutionellen Integration, Ansichten zur Geschichte, sozio-psychologischer Integration und Lehren aus dem deutschen Vereinigungsprozeß auseinander. Im Rahmen der vierten Programmkomponente werden Studienbesuche nach P'anmunjôm und zu den nordkoreanischen Tunneln unter der Demilitarisierten Zone sowie eine Reihe von Diskussionsveranstaltungen zu bildungsbezogenen Themen durchgeführt.

Jedes Jahr nehmen rund 20.000 Personen, einschließlich öffentlich Bediensteter und Studenten, an den Programmen des Instituts für politische Bildung zu Vereinigungsfragen teil.

- Ziele und Probleme

Das Ministerium konzentriert sich auf Staatsbürgererziehung, die mit der Vereinigung zusammenhängt, seine Kapazitäten für Bildungsangebote zu demokratischen Prinzipien und Institutionen sind begrenzt. Da das Ministerium mit dem Amt für Nationale Sicherheit, dem Geheimdienst, eng verbunden ist, ist eine neutrale Haltung nahezu unmöglich.

5) *Koreanisches Erziehungsentwicklungsinstitut, Erziehungsministerium (Korean Educational Institute, Ministry of Education)*

- Programme

Das Erziehungsministerium strahlt mehrere Radioprogramme im Rahmen des Bildungsfunks aus. Adressaten dieser Programme sind Schüler an Mittel- und Oberschulen; einmal in der Woche gibt es Diskussionsprogramme zu aktuellen politischen Fragen.

- Ziele und Probleme

Durch den Rundfunk können mehr Personen erreicht werden als durch gewöhnliche Bildungsangebote. Begrenzend wirkt jedoch der „Einbahnstraßen“-Charakter der meisten Rundfunksendungen, der eine aktive Beteiligung auf seiten der Empfänger beschränkt. Problematisch ist zudem die exzessive Konzentration auf experimentelle Lehrmethoden; weitaus weniger Beachtung wird der politischen Bildungsdimension, wie etwa der Auseinandersetzung mit der Demokratie, geschenkt.

6) *Wahlausbildungsinstitut, Nationale Wahlkommission (Electoral Training Institute, National Election Commission)*

- Programme

Das Wahlausbildungsinstitut (ETI) führt verschiedene Vortragsprogramme durch, im Rahmen derer Mitarbeitern der Wahldurchführungskommission (Election Management Commission), Parteimitgliedern, Kandidaten, Studenten, Mittel- und Ober-

schülern die gesetzlichen Bestimmungen zu Wahlen und Parteien sowie zur Finanzierung politischer Aktivitäten erläutert werden. Die Zahl der jährlichen Teilnehmer liegt bei 10.000.

- Ziele und Probleme

Das ETI ist in organisatorischer und rechtlicher Hinsicht gut konstituiert und verfügt zudem über den Vorteil, daß durch die Zusammensetzung der Zentralkommission der Nationalen Wahlkommission,² dem das Institut untersteht, ein hohes Maß an politischer Neutralität gewährleistet ist. Dieser Vorteil wird jedoch für politische Bildungszwecke unzureichend genutzt. Dies liegt am Mangel an speziell ausgebildeten Mitarbeitern sowie an konservativen Führungskräften und anderen Mitarbeitern, die am Status quo festhalten. Die gegenwärtigen Bildungsprogramme betonen die Erklärung von Gesetzen und Institutionen und werden mit traditionellen Methoden durchgeführt.

Allerdings werden seit jüngster Zeit einige organisatorische und personelle Umstrukturierungen durchgeführt. Im Rahmen des vorgegebenen Budgets können zudem einige politische Bildungsprogramme sofort initiiert werden. Durch diese Flexibilität könnte sich das Wahlausbildungsinstitut zu einer zentralen politischen Bildungsinstitution in Korea entwickeln.

2.2 Nichtregierungsorganisationen

1) *Koreanischer Rat für Demokratische Bürgererziehung (Korean Council of Democratic Civic Education/KCDCE)*

- Programme

Der KCDCE führt seit einigen Jahren politische Bildungsprogramme für Universitätsstudenten durch. Inhaltlich beschäftigen sich diese Programme mit Managementausbildung, Problemerkennntnis, Grundlagen der Debatten und Rhetorik, gesellschaftlicher Partizipation sowie Fallstudien zur Politikformulierung und -entscheidung. Die Programme, an denen jeweils 70 Studenten teilnehmen, werden dreimal im Jahr durchgeführt.

- Ziele und Probleme

Der Rat setzt sich aus Professoren zusammen, die nationale Ethik, soziale Bildung und Politik an Universitäten im gesamten Land unterrichten. Finanzielle Unterstützung erfährt er vor allem von der Noksan-Stiftung und der Konrad-Adenauer-Stiftung. Im Oktober 1997 legte der Rat der Nationalversammlung einen Gesetzentwurf vor, in dem die Einrichtung einer Organisation ähnlich der deutschen Bundeszentrale für politische Bildung (BPB) unter der Schirmherrschaft des Parlamentes

² Die Zentralkommission setzt sich aus je drei Vertretern der Exekutive, der Legislative und der Judikative zusammen.

angeregt wird. Bisher ist dieses Gesetz aber nicht verabschiedet worden: Zu möglichen Legitimationsproblemen, die entstehen könnten, wenn eine BPB-ähnliche Einrichtung dem Parlament als Organ der Legislative statt der Exekutive, also der Regierung, angliedert wäre, kommt hinzu, daß die Errichtung einer solchen Organisation eine Menge Kapital und Personal erfordert und daher angesichts der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation nur schwer zu realisieren sein wird.

2) *Forum für Bürgererziehung in Korea (Forum for Civic Education in Korea)*

Das Forum für Bürgererziehung in Korea ist eine nationale Vereinigung für politische Bildung, die von führenden und miteinander vernetzten Nichtregierungsorganisationen gebildet wurde. Ziel dieses Forums ist es zu verhindern, daß politische Bildung von Regierungsorganisationen dominiert wird und einen bürokratischen Charakter erhält. Statt dessen, so die Argumentation des Forums, sollte sich die Regierung bei der politischen Bildung auf finanzielle Hilfe auf der Basis des Gesetzes zur Unterstützung von Bürgerorganisationen beschränken.

Es bestehen jedoch auch in bezug auf das Forum für Bürgererziehung in Korea Probleme. Erstens wird es für das Forum als Bürgervereinigung nicht einfach sein, den nationalen Haushalt zu nutzen, wie dies andere nationale Organisationen können. Zum zweiten sind Fragen zum Status des Forums und seiner Notwendigkeit aufgeworfen worden. Unklar ist auch, welche Organisationen sich an dem Forum beteiligen können. Insgesamt ist es nur natürlich, daß Bürgervereinigungen eine zentrale und autonome Rolle im Rahmen der politischen Bildung spielen sollten. Jedoch sind die Regierungsorgane dazu aufgefordert, eine umfassende Unterstützungs- und Koordinationsfunktion für diese Bürgerorganisationen wahrzunehmen.

Elf gesellschaftliche Organisationen, die mit dem Forum für Bürgererziehung verbunden sind, entwickeln und führen eigene Bildungsprogramme durch. Diese sind im einzelnen:

A) *Bürgerkoalition für Wirtschaftliche Gerechtigkeit (Citizens' Coalition for Economic Justice/CCEJ)*

- Programme

Die CCEJ beschäftigt sich mit den folgenden Aktivitäten: Publikation von Büchern zu den Beziehungen zwischen Politikern und Unternehmenskonglomeraten, Straßenkampagnen für faire Wahlen, Veröffentlichungen zur Ungerechtigkeit des Steuersystems, regelmäßige Kurse zur wirtschaftlichen Bildung sowie Seminare in unregelmäßiger Folge.

- Ziele

Seit dem vom IWF geschnürten Hilfspaket hat sich die CCEJ auf wirtschaftsbezogene Bildungsaktivitäten für Staatsbürger konzentriert. Dabei geht es inhaltlich um das

Funktionieren der Marktwirtschaft, Rechte von Verbrauchern und das Verständnis weltwirtschaftlicher Trends.

B) Christlicher Verein Junger Männer (Young Men's Christian Association/YMCA)

• Programme

Der YMCA hält Seminare ab, die sich mit politischen, wirtschaftlichen, umweltbezogenen, gesellschaftlichen Themen sowie Frauen-, Kinder- und Jugendfragen auseinandersetzen.

• Ziele

Der YMCA führt seine politischen Bildungsprogramme unter den Aspekten geschichtlichen Verständnisses, aktiver Involvierung in gesellschaftliche Belange sowie kultureller Entwicklung durch. Der YMCA finanziert sich durch Mitgliedsgebühren, individuelle Spenden und Zuwendungen öffentlicher Stiftungen.

C) Volkssolidarität für Partizipatorische Demokratie (People's Solidarity for Participatory Democracy/PSPD)

• Programme

Die PSPD hat eine eigene Akademie eingerichtet und führt verschiedene Programme zur politischen Bildung durch. Seminarthemen sind unter anderem Konflikt-Koordinationsprozesse, die Vereinigung des Landes, Frauenfragen und Vermittlung von Wissen über Asien.

• Ziele

Der Schwerpunkt liegt auf der Förderung einer aktiven Beteiligung der Bevölkerung an politischen und gesellschaftlichen Angelegenheiten. Zudem wurden einige Kampagnen zum Schutz der Menschenrechte ins Leben gerufen.

D) Koreanische Jugendakademie Heung-Sa-Dan

• Programme

Die Heung-Sa-Dan (HSD) unterhält eine eigene Akademie und führt regelmäßig verschiedene Programme durch. Die Ziele bestehen in der Förderung junger Führungspersönlichkeiten und regionaler Gemeindebewegungen sowie in der Erwachsenenbildung.

• Ziele

Die HSD ist um die Förderung eines nationalen Bewußtseins und eines historischen Verständnisses auf seiten der Jugend bemüht und ermutigt Jugendliche, sich freiwil-

lig an Aktivitäten für das Gemeinwohl zu beteiligen. Die Mitglieder der Akademie nehmen an verschiedenen gesellschaftlichen Aktivitäten teil und führen Straßenkampagnen durch. Der finanzielle Status der Akademie ist besser als der anderer Nichtregierungsorganisationen, da sie durch die Vermietung ihrer Räumlichkeiten regelmäßige Einnahmen erzielt.

E) Koreanische Föderation für die Umweltbewegung (Korean Federation for Environmental Movement/KFEM)

- Programme

Die Föderation bietet eigene Vortragskurse an und versucht, zur Entwicklung eines Umweltbewußtseins bei Kindern, Mittel- und Oberschülern, Studenten, Unternehmern und der allgemeinen Öffentlichkeit beizutragen. Durchschnittlich nehmen rund 1.000 Personen im Jahr an den Vorträgen teil.

- Ziele

Die KFEM unternimmt Anstrengungen, das öffentliche Bewußtsein für den Umweltschutz mittels Kampagnen, Publikationen und Seminaren zu vergrößern. Die Föderation arbeitet auch mit internationalen Nichtregierungsorganisationen wie Greenpeace zusammen.

F) Koreanische Liga der Wählerinnen (Korean League of Women Voters/KLWV)

- Programme

Die Liga organisiert Führungskurse für Frauen und fördert deren aktive politische Beteiligung. Die KLWV unterhält zudem separate Bildungskurse für berufstätige Frauen sowie Frauen jüngeren Alters und bietet ihnen entsprechend ihren jeweiligen Interessen und ihrer beruflichen Spezialisierung politische Bildungsprogramme an.

- Ziele

Der Hauptzweck der Aktivitäten liegt darin, Frauen durch eine Erweiterung ihres politischen Bewußtseins zu helfen, eine führende Rolle nicht nur in der Familie, sondern auch in der Gesellschaft zu spielen. Unterstützt werden zudem die Diskussion über die staatliche Frauenpolitik und Kampagnen für faire Wahlen.

G) Vereinigte koreanische Frauenverbände (Korean Women's Associations United/KWAU)

- Programme

Die KWAU fördern Seminare, Vorträge und Kampagnen, in denen es um die Abschaffung ungerechter gesetzlicher Bestimmungen gegenüber Frauen geht.

- Ziele

Insgesamt 30 Frauenverbände aus ganz Korea sind in der Vereinigung zusammengeschlossen. Die Vereinigung zielt auf die Unterstützung der zukünftigen Führungsrolle von Frauen; Programmaktivitäten werden autonom von jedem der beteiligten Verbände durchgeführt.

H) *Frauenzentrum für Sozialforschung (Women's Center for Social Research)*

I) *Christliche Ethikbewegung Koreas (Christian Ethics Movement of Korea)*

J) *Volksbewegungsrat Gemeinschaftliche Gesellschaftsreform des Bewußtseins (Communal Society Reform of Consciousness Popular Movement Council)*

K) *Elternsolidarität (Parents' Solidarity)*

Diese vier Nichtregierungsorganisationen führen ebenfalls Seminare, Vorträge und Kampagnen zur Reform „vormoderner“ und irrationaler Züge im öffentlichen Leben durch.

2.3 Andere Nichtregierungsorganisationen

A) *Buddhistische Akademie für Ökologisches Erwachen (Buddhist Academy for Ecological Awakening/BAEA)*

- Programme

Die BAEA bietet verschiedene Vortragsreihen und Seminare zur Umweltethik und zum Wert des Lebens an. Die Vorträge und Seminare finden zweimal die Woche statt.

- Ziele

Die Buddhistische Akademie wurde hauptsächlich gegründet, um die Verwirklichung von Vorstellungen zu Leben und Natur im Kontext buddhistischen Gedankenguts zu unterstützen sowie um zu einem besseren Verständnis der Beziehungen zwischen Leben und Natur beizutragen.

B) *Forschungsinstitut für die Rechte Behinderter in Korea (Research Institute of Differently-Abled People's Rights in Korea/RIDRIK)*

- Programme

Das Forschungsinstitut bietet einen speziellen Lehrplan zur Entwicklung, Förderung und Unterstützung der vollen Beteiligung Behinderter am gesellschaftlichen Leben an. Non-formale Bildungsprogramme zielen u.a. auf Kinder mit besonderen Bedürfnissen. Zudem bietet das Institut einen Beratungsservice an.

- Ziele

Das RIDRIK sieht sich verpflichtet, Behinderten zu helfen, Sinn für soziale Partizipation zu entwickeln, und sie zu ermutigen, ihre praktische Partizipation zu erweitern.

3 Probleme und Aussichten

Die Notwendigkeit politischer Bildung in Südkorea liegt darin, daß angesichts der Entwicklung formaler demokratischer Institutionen auch ein demokratisches Staatsbürgertum gefördert werden sollte. Obwohl der Prozeß der demokratischen Institutionalisierung abgeschlossen ist, bedeutet dies nicht, daß Demokratie im alltäglichen Leben der Bevölkerung bereits vollständig verwirklicht ist. Alle Anstrengungen müssen unternommen werden, um die volle Realisierung einer Basisdemokratie zu unterstützen.

Wenn auch die rechtlichen Grundlagen für politische Bildung schon geschaffen wurden, mangelt es noch an weiterführenden Gesetzen und Institutionen, um entsprechende Bildungsprogramme in die Realität umzusetzen. Umfassende Exekutivorgane wie die deutsche Bundeszentrale für politische Bildung (BPB) und damit verbundene Gesetze sind notwendig. Sie werden um so wichtiger, je mehr Personal und materielle Unterstützung von autonomen Bürgerorganisationen, die im Bereich der politischen Bildung tätig sind, gebraucht werden. Eine BPB-ähnliche Organisation ist zudem notwendig, um verschiedene Veranstaltungen sowie soziale Bildungseinrichtungen effektiv durchführen bzw. verwalten zu können.